Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tagblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 311. Freitag den 7. November 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Freiwillige Zähler betreffend.

Ebenso wie frühere Zählungen soll auch die am 1. December d. J. stattfindende **Volkszählung** durch **freiwillige Zähler** erfolgen. Das Amt des Zählers ist ein Ehrenamt, welches der zu demselben ausersehenen Person in dem Vertrauen übertragen wird, daß sie mit Umsicht und Eifer die wichtigen Zwecke der Volkszählung zu fördern bereit sein werde. Der Zähler ist berufen, als Organ der Behörde an seinem Theile dafür Sorge zu tragen, daß die Volkszählung vorschriftsmäßig und rechtzeitig vollzogen werde.

Mit Genehmigung des Königlichen Ministeriums des Innern wird die Ausführung der Zählung auch in den für die Einverleibung in Aussicht genommenen Vororten durch unser statistisches Amt geleitet.

Da nun die Stadt Leipzig mit diesen Vororten in gegen 2000 Zählbezirke zu zerlegen, für jeden Zählbezirk ein Zähler zu bestellen, nicht minder auch dafür Sorge zu tragen ist, daß für den Fall der Verhinderung eines Zählers alsbald ein Vertreter desselben eintreten kann, macht sich die Wahl von mehr als 2000 freiwilligen Zählern nöthig.

Wir fordern deshalb die Bewohner unserer Stadt und der Vororte auf, sich recht zahlreich und baldigst, spätestens aber bis 17. November zur Uebernahme dieses Ehrenamtes bereit zu erklären.

Meldungen sind mündlich oder schriftlich unter Angabe von Name, Stand und Wohnung zu richten an unser **statistisches Amt**, Kupfergäßchen 1, 2. Etage.

Leipzig, den 3. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
St. A. 1649/90. Dr. Georgi. Dr. Hasse.

Da es sich gezeigt hat, daß bei der bisherigen Einrichtung der Wäschrollen (Mangeln) Gefahren für die Gesundheit, ja sogar für das Leben der in den Räumen, worin die Wäschrollen aufgestellt sind, anwesenden Personen eintreten können, so ordnen wir an, daß vom 10. December l. J. ab Wäschrollen, soweit sie nicht allein für den Gebrauch der Eigenthümer bestimmt sind, nur dann benutzt werden dürfen, wenn

a. die Stirnseiten des Rollengestells an den freistehenden Lang- beziehentlich Querseiten durch Anbringung eines festen, mindestens einen Meter hohen Schutzgeländers verwahrt sind;
b. das Zahnrädervorwerk und das Schwungrad durch eine kräftige Umgitterung beziehentlich Einkapselung mittelst eines starken Drahtgitters oder Schutzblechs umkleidet ist und
c. die Zugangsthüre zu dem Raum, in welchem die Wäschrolle aufgestellt ist, nicht mit der Bahn des Rollen- (Mangel-) Kastens kreuzt.

Zuwiderhandelnde haben Geldstrafe bis zu 60 ℳ und im Unvermögensfalle Haftstrafe bis zu 8 Tagen sich zu gewärtigen.

Im Uebrigen werden alle diejenigen Inhaber von Wäschrollen, welche deren Benutzung gegen Entgelt dritten Personen gestatten, darauf hingewiesen, daß sie den Betrieb dieses Gewerbes nach §. 14 der Gewerbe-Ordnung bei Vermeidung der in §. 148 1 der Gewerbe-Ordnung angedrohten Strafe bei der Gewerbeanmeldestelle Obstmarkt 3, Stadthaus, II., Zimmer 113b, anzumelden haben.

Leipzig, den 28. October 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 2688. Dr. Georgi. Kaffelt.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 12. November dss. Js., sollen von Vormittags 9 Uhr an die im Forstreviere **Connewitz** in der Totalität aufbereiteten Hölzer, als:

ca. 33 Eichen-	**Klöze,**	2½—10 m lg.,	54—112 cm stark,		
5 Hainbuchen-	„	3—6	„ „	30—36	„ „
10 Ahorn-	„	3—5	„ „	18—25	„ „
11 Eschen-	„	5—7	„ „	19—27	„ „
2 Rüster-	„	4,5	„ „	34	„ „
3 Eller-	„	5—9	„ „	21—28	„ „

54 Eschen-, Eichen- und Ahorn-**Schirrhölzer,** ferner
11 Rmtr. Eichen-**Nutzscheite** II. Classe,
43 „ Eichen-**Brennscheite,**
2 „ Ellern- „ und
25 Haufen starker harter **Abraum**

unter den im Termine bekannt zu gebenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf der Linie bei der Kreuzung mit der Elsterflutbrücke.

Leipzig, am 30. October 1890.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von **1000 lauf. Meter Schleusensohlstücken aus Sandstein** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche nach Befinden in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Lieferung von Schleusensohlstücken"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 17. November 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 30. October 1890.

Th. 6665. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Die Engländer in Afrika.

Unsere Meinung ist stets gewesen, daß Derjenige Afrika besitzt, welcher die Sympathien der Bevölkerung für sich hat, und sonderbarer Weise hat sich die „Times" einmal in demselben Sinne geäußert. Wenn es darauf ankäme, welcher Nation in Afrika der größte Landbesitz zuerkannt ist, dann wären die Engländer unzweifelhaft die maßgebende Nation in Afrika; England übt aber diesen Einfluß nur in den Theilen Afrikas aus, wo es nicht nur ein Recht für sich geltend machen kann, sondern auch thatsächlich Besitzer ist, wie im Caplande, am Niger und in Egypten. Dagegen kann von dem Besitz Englands in Zanzibar, überhaupt an der Ostküste Afrikas und im Gebiete des Victoria-Nyanza- und Tanganyika-Sees erst dann die Rede sein, wenn England die Bevölkerung seinem Willen geneigt gemacht oder unterworfen hat. Das ist bisher nicht der Fall. Die Mittel, durch welche England bisher seinen Zweck in Afrika verfolgt, aber nicht erreicht hat, waren Ränke und Gewalt. Die Expedition Stanley's nach Wadelai war zwar das Werk einer Privatspeculation, aber England hat die Ergebnisse dieser ursprünglichen Privatangelegenheit öffentlich anerkannt und hat daraus Nutzen zu ziehen gesucht. Das gespannte Verhältniß zwischen England und Deutschland, welches sich aus dieser Expedition entwickelte, ist die Ursache des deutsch-englischen Abkommens vom 1. Juli 1890, und Stanley hat durch sein ganzes Thun, besonders durch die gegen die deutsche Colonisation Afrikas gehaltenen Reden die öffentliche Meinung Englands so erregt, daß Deutschland sich aus höheren politischen Rücksichten zu Concessionen herbeiließ, die es unter andern Verhältnissen nicht gemacht haben würde.

Stanley's Absicht war dahin gerichtet, Deutschland um die Früchte sechsjähriger erfolgreicher Bemühungen zu bringen, er stellte die Sache so dar, als ob Deutschland ohne Fug und Recht sich in Ostafrika eine Stellung angemaßt habe, die allein England zukomme. Deutschland habe nicht nur das Streben, den Victoria-Nyanzasee seinen Zwecken ausschließlich dienstbar zu machen, sondern es wolle sich durch Annexion von Uganda und Unyoro einen Weg nach dem Sudan bahnen, um womöglich eines Tages die Engländer aus Egypten zu vertreiben. Durch Reden solchen Inhalts wurde in ganz England von Stanley eine Aufregung erzeugt, welche Deutschland im Lichte des Räubers erscheinen ließ und energische Schritte Englands nur als einen Act der Nothwehr darstellte. Mit dieser Anklage gegen Deutschland ging eine Charakteristik Emin Pascha's Hand in Hand, welche diesen verdienstvollen Forscher und zähen Vertreter der egyptischen Interessen im Aequatorial-Afrika zu einem schwächlichen und unfähigen Menschen ganz untergeordneter Art herabsetzen sollte, damit der Stern Stanley's in um so glänzenderem Licht erstrahlen konnte. Der vielgewandte Amerikaner hatte sich aber nicht damit begnügt, Emin für seine egoistischen Zwecke zu mißbrauchen, sondern auch den Führer der Nachhut, Major Barttelot, verdächtigt, als ob er das Opfer seiner Thorheit und Grausamkeit geworden wäre, als er meuchlings ermordet wurde. Die von Stanley vorgeführten Nebelbilder haben lange Zeit die Stelle von Thatsachen ersetzt, endlich sind sie aber dem Licht gewichen, welches unparteiische Zeugen in diese dunkeln Partien der Stanley'schen Agitation gebracht haben. Emin's Ehre ist aus diesen Zeugnissen ebenso fleckenlos hervorgegangen, wie die Barttelot gemachten Vorwürfe auf ihren Urheber zurückgefallen sind. Endlich hat Stanley, um allen unangenehmen Erörterungen zu entgehen, sich nach Amerika gewendet, und die Aufklärung über den wahren Werth der Stanley'schen Expedition und die daraus erwachsenen Folgen bleibt jetzt den Engländern, die den Vortheil daraus zogen, und der übrigen Welt überlassen.

Die Engländer werden über den Fall Barttelot nicht allzu großen Lärm schlagen, sie können das schon deshalb nicht, weil sie in den Tadel Stanley's gegen Emin Pascha eingestimmt und weil sie die geschäftlichen Consequenzen der Stanley'schen Expedition auf das deutsch-englische Abkommen gezogen haben, aber die öffentliche Meinung ist jetzt in der Lage, ihr Urtheil über eine Politik zu fällen, welche sich solcher Mittel bedient, wie sie die letzte Expedition Stanley's und die daraus sich ergebende Agitation ihres Führers darbietet, um ihre Zwecke zu erreichen. Das Abkommen vom 1. Juli hat England bisher keinen Vortheil gebracht, diese Macht sieht sich in Zanzibar und überhaupt in Ostafrika vor Schwierigkeiten gestellt, die sie trotz ihrer großen maritimen Streitkräfte nicht zu bewältigen vermag. Das kommt daher, weil Deutschland sich durch seine Handlungsweise innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren ein moralisches Gewicht verschafft hat, welchem England nichts Gleichwerthiges an die Seite zu stellen vermag. Der Inhalt des Abkommens vom 1. Juli wird überall beklagt, wo England jetzt an Stelle von Deutschland als Machthaber oder wenigstens den Anspruch auf Herrschaft erhebende Macht erscheint. Die Zustände in Zanzibar sind den Engländern ebenso wenig günstig wie die in Witu, und wenn die Karawanenstraße nach dem Victoria-Nyanza der nöthigen Sicherheit entbehrt, so ist das auch in der Hauptsache dem Haß zuzuschreiben, welchen die Engländer sich durch ihr Verhalten zugezogen haben.

Ganz unabhängig von Stanley hat sich in Zanzibar die unzweckmäßige Agitation gegen die Sclaverei entwickelt, als deren Urheber der gegenwärtige Sultan Seyid Ali erscheint. Der englische Generalconsul Evan Smith hat es versucht, die Folgen dieser thörichten Maßregeln auf die Deutschen abzuwälzen, hat aber damit nur das Gegentheil dessen erreicht, was er angestrebt, weil der Beweggrund der grundlosen Verdächtigung der deutschen Behörden in Bagamoyo und Dar-es-Salaam, als ob sie den Sclavenhandel begünstigten, jetzt vor aller Welt offenkundig zu Tage liegt. Dieses Uebermaß von Verfolgung gegen alte eingewurzelte Gewohnheiten hat eine Reaction herbeigeführt, welche jetzt England zu schwerem Schaden gereicht. Es ist noch nicht ausgemacht, ob der Aerger des Sultans von Witu über die Unterwerfung unter den englischen Einfluß oder die zu weit gehenden Maßregeln der Engländer gegen den Sclavenhandel die Ermordung Küngel's und Genossen verschuldet haben. Die öffentliche Meinung in Ostafrika macht die Engländer für den gegenwärtigen heillosen Zustand verantwortlich, und das Abkommen mit Deutschland ist noch weit entfernt davon, den Engländern die erwarteten Vortheile zu gewähren. Im Gegentheil genossen sie vorher eine weit bequemere Stellung den Eingeborenen gegenüber, obgleich sie da, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelte wie in Uganda, durch ihren Mangel an Hilfsbereitschaft sehr stark in Mißcredit gerathen waren.

Die afrikanische Frage ist durch das Abkommen vom 1. Juli noch keineswegs als gelöst zu betrachten; die Engländer haben jetzt zunächst den Beweis zu liefern, ob sie den Anforderungen, welche die veränderten Verhältnisse an sie stellen, auch gewachsen sind. Bisher sind sie weit hinter ihrer Aufgabe zurückgeblieben, während die deutsche Colonisation trotz des für Deutschland ungünstigen Abkommens vom 1. Juli stetige und werthvolle Fortschritte aufzuweisen hat. Das große Gebiet zwischen der Küste und dem Victoria-Nyanzasee, welches die Karawanenstraße nach Bagamoyo einschließt, hat unter deutschem Schutz wesentlich an Wohlfahrt und Sicherheit gewonnen, und wenn wir auf dem betretenen Wege fortfahren, dann werden wir bald so günstige Ergebnisse aufzuweisen haben, daß die Nachtheile des Abkommens vom 1. Juli dadurch vollständig aufgewogen werden.

Leipzig, 7. November.

* Aus Aeußerungen, welche der Präsident des Reichstages den Mitgliedern der Arbeiterschutzcommission machte, ist zu schließen, daß das Plenum des Reichstages auf den 27. November einberufen werden wird.

* Der Kaiser schenkt, wie es heißt, den Koch'schen bacteriologischen Untersuchungen die größte Aufmerksamkeit und hat sich über dieselben schon mehrfach Bericht erstatten lassen. Es verlautet nun, daß Herr Professor Dr. Koch den Wunsch ausgesprochen hat, es möchten auf dem freien Platze der Berliner Charité Baracken errichtet werden, in welchen Gelegenheit geboten würde, das gesammte Gebiet der Infectionskrankheiten studiren zu können. Was speciell die Heilung der Tuberkulose betrifft, so wird die Richtigkeit der Meldung bestätigt, daß bereits eine geraume Zeit hindurch das Koch'sche Verfahren an Kranken gehandhabt und daß die Tuberkulose durch dasselbe in ihren Anfängen ganz sicher bekämpft wird. Im weiteren Processe der Krankheit, wenn bereits Hohlräume sich in den Lungen gebildet haben, wird nach der Einleitung des Verfahrens ein Verkümmern und Verschwinden der Bacillen beobachtet. Herr Professor Dr. Koch hat bereits die entscheidende Erklärung abgegeben, daß er nicht gesonnen sei, irgend welche materiellen Vortheile für sich aus der Entdeckung zu ziehen, daß er dieselbe vielmehr zum Allgemeingut machen werde. Es ist, wie in Aerztekreisen verlautet, nicht ausgeschlossen, daß der neuerdings dem Kaiser über die ganze Angelegenheit erstattete Bericht mit der Absicht der Gewährung einer Ehrendotation an Dr. Koch seitens des preußischen Staates zusammenhängt.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zur Lage:

Mehrfachen Kundgebungen der russischen Presse aus jüngster Zeit, welche bestrebt waren, die allgemeine europäische Lage als eine beruhigte darzustellen, schließt sich jetzt auch die „Nowoje Wremja" an, ein Blatt, das sich bisher eben nicht den Ruf erworben hatte, daß es von besonders friedfertigen Tendenzen beseelt ist. Die „Nowoje Wremja" hebt in einem Artikel die besonders friedlichen politischen Aspecten der Winterlosung hervor und meint, in den Beziehungen der leitenden europäischen Mächte müsse das eingetreten sein, was die Franzosen détente nennen. Alle seien darin einig, daß zu solcher Wendung der Ereignisse in erster Linie die Reisen Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm beigetragen haben.

Diese Auslassung stimmt vollkommen mit den überein, was gleich nach der Rückkehr des Kaisers Wilhelm von seinen Reisen nach England und Rußland in der deutschen Presse und von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" insbesondere geäußert worden ist. Wenn jetzt auch die hervorragenden Organe der russischen Presse sich diesen Auffassungen anschließen, so kann eine solche Wendung zu einer sachentsprechenden Beurtheilung der Lage nur mit Genugthuung begrüßt werden.

Das, was noch vermißt wurde, um das Gesicht einer détente, wie sie von der „Nowoje Wremja" jetzt signalisirt wird, allgemein aufkommen zu lassen, war eben die Zustimmung der russischen Presse zu jenen Kundgebungen des Vertrauens auf eine friedliche Entwickelung der europäischen Politik, welche im Centrum Europas von der eigenen friedfertigen Gesinnung Zeugniß ablegen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die russische Presse auch in Zukunft sich von derselben zutreffenden Beurtheilung der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit leiten läßt, zu welcher die „Nowoje Wremja" gelangt ist. In diesem Fall dürfte auch an der Dauer jener détente nicht zu zweifeln sein, welche von den Einen früher, von Anderen später als eine Frucht der weisen Entschließungen Sr. Majestät des deutschen Kaisers erkannt worden ist.

Zum Schluß möchten wir jedoch auch darauf aufmerksam machen, daß Rußland, im Begriff, eine Umwandlung seiner Armirung vorzunehmen, sich augenblicklich und auch noch auf längere Zeit gewissermaßen in einem Zustande der Unbewaffnung befindet, der Rußland mehr als jedem anderen Lande die vorläufige Aufrechterhaltung des Friedens wünschenswerth machen muß. Wir wollen nicht erörtern, welchen Einfluß diese Thatsache auf die friedliche Stimmung der russischen Presse hat. Das Vorhandensein derselben bleibt erfreulich, auch nachdem eine Erklärung dafür gefunden worden ist.

* Seit dem Jahre 1867 ist bei keiner Volkszählung mehr in den sprachlich gemischten Provinzen Preußens nach der Muttersprache der Bewohner gefragt worden; doch läßt sich aus den Ergebnissen der 1886 vorgenommenen Zählung der Schulkinder, deren Familiensprache festgestellt wurde, ein ziemlich sicherer Schluß auf die Vertheilung und Stärke der einzelnen Nationalitäten ziehen. In der Provinz Westpreußen läßt sich nun, wie in Posen und Oberschlesien, ein starkes Anwachsen der Polen nachweisen. Im Jahre 1867 lebten im Regierungsbezirk Danzig 377 939 Deutsche und 137 283 Polen, im Regierungsbezirk Marienwerder 487 169 Deutsche und 280 451 Polen, in der ganzen Provinz Westpreußen also 865 108 Deutsche (67½ Procent der Gesammtbevölkerung) und 417 734 Polen (32½ Procent der Gesammtbevölkerung). Im Jahre 1886 wurden in Westpreußen 239 761 Schulkinder ermittelt: 143 190 (fast 60 Procent) sprachen deutsch, 82 797 (34½ Procent) sprachen polnisch und 13 771 (5½ Procent) polnisch und deutsch. Da die zweisprachigen Kinder überwiegend polnischer Abstammung sind, so wird man nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß gegenwärtig nur 62 Procent der Bevölkerung Westpreußens Deutsche, 38 Procent dagegen Polen sind. Es würden dann 873 000 Deutschen 535 000 Polen gegenüberstehen. Dieses starke Anwachsen der Polen hat verschiedene Ursachen: zunächst ist es zurückzuführen auf eine sehr beträchtliche polnische Einwanderung aus Russisch-Polen und eine ebenso starke Auswanderung der Deutschen nach Nordamerika; sodann haben die Polen durch Polonisirung deutscher katholischer Familien einen ganz ansehnlichen Zuwachs bekommen; nicht nur Hunderte von deutschen Familien, die in polnischen Ortschaften vereinzelt leben, sondern auch ganze Gemeinden sind der deutschen Zunge verloren gegangen; endlich sind die polnischen Familien noch kinderreicher als die deutschen. Hohe Zeit war es, daß im Jahre 1886 die preußische Regierung im Verein mit der Volksvertretung umfassende Maßregeln ergriff, um die deutsche Bevölkerung Westpreußens zu kräftigen und der Ueberwucherung vieler deutscher Gemeinden durch das Polenthum vorzubeugen! Hohe Zeit war es, daß man eine neue deutsche Colonisation in Posen und Westpreußen ins Werk setzte und die polnische Sprache in den Schulen immer mehr durch deutschen Unterricht zurückdrängte!

* In Heiligenbeil hat man gelegentlich der Moltke-Feier 600 ℳ als Grundfonds für ein Denkmal des General-Feldmarschalls Grafen von Roon gesammelt. Die „Kreuzzeitung" benutzt diesen Anlaß, um in warmen Worten der Verdienste Roon's zu gedenken; was derselbe insbesondere bei der und durch die Armeereorganisation seinem Könige und seinem Vaterlande geleistet, steht unauslöschlich in die Tafeln der preußischen und deutschen Geschichte eingezeichnet und die deutsche Nation wird dessen sicherlich nicht vergessen, indem sie dem preußischen Kriegsminister von Roon den gebührenden Ehrenplatz neben ihren anderen großen Männern anweist.

* Der Großherzog von Hessen hatte in der vergangenen Woche eine Abordnung der israelitischen Gemeinden der Provinzialhauptstädte empfangen. Mit Bezug darauf veröffentlicht heute die „Darmstädter Zeitung" das folgende Schreiben des Staatsministers Finger:

Auf die von den Deputirten der israelitischen Gemeinden von Darmstadt, Gießen und Mainz mündlich und schriftlich an den Großherzog gerichtete Vorstellung betreffs der antisemitischen Bewegung im Großherzogthum habe ich Ew. Wohlgeboren im Allerhöchsten Auftrage das Nachstehende zu eröffnen: Von den seit einiger Zeit in mehreren Theilen des Großherzogthums stattfindenden, von außen hereingetragenen, gehässigen Anfeindungen Allerhöchst Ihrer israelitischen Unterthanen haben der Großherzog mit Bedauern Kenntniß genommen. Er mißbilligt dieselben auf das Ernstlichste und erwartet von dem sonst gesunden und christlichen Sinne der betheiligten Kreise ein baldiges Aufhören jener gehässigen Angriffe, wozu übrigens wesentlich mit beitragen wird, wenn der sittlich höher stehende Theil der israelitischen Bevölkerung es sich nach Kräften angelegen sein läßt, den Ursachen zu klagen über die Handlungsweise mancher seiner Glaubensgenossen nachzuforschen und mit den geeigneten Mitteln abzuhelfen. In den ihnen verfassungsmäßig und gesetzlich zustehenden Rechten werden nach dem Willen des Großherzogs dessen israelitische Unterthanen ebenso geschützt werden, wie diejenigen anderer Bekenntnisse.

* * *

* Im österreichischen Landtagsausschusse erklärte bei Berathung des Statuts für die durch Einverleibung der Vororte vergrößerte Stadt Wien der Statthalter Graf Kielmansegg, eine Verstärkung der Disciplinargewalt des Vorsitzenden des Gemeinderaths sei durch die in letzter Zeit im Gemeinderathe und in anderen parlamentarischen Körperschaften hervorgetretene schärfere Tonart geboten. Die Regierung werde, falls sich die turbulenten Scenen wiederholen sollten, die Auflösung des Gemeinderaths ernstlich in Erwägung ziehen.

* Wie in Böhmen und Mähren, so wollen auch die Czechen in Wien und Niederösterreich bei der nächsten Volkszählung alles aufbieten, damit ihre Zahl möglichst groß erscheint. Schon jetzt werden die Vorbereitungen getroffen, um das slawische Element in Wien auf die Wichtigkeit der Zählung aufmerksam zu machen; kein Czeche soll dieses Mal deutsch als seine Umgangssprache angeben. Im Jahre 1880 wurden in Wien 25 000, in ganz Niederösterreich 61 257 Czechen gezählt; in Wirklichkeit war damals ihre Zahl viel größer. Sehr viele Czechen hielten es damals noch für geboten, sich als Deutsche in die Zählungslisten einzutragen, die Politik der Slawenbegünstigung hatte eben erst ihren Anfang genommen. Jetzt liegen die Verhältnisse ganz anders. Das czechische Element ist nicht nur viel stärker, sondern auch viel unabhängiger und selbstständiger geworden. In den Vororten von Wien ist das Anschwellen der Czechen geradezu auffallend. Man wird schwerlich fehlgehen, wenn man die Zahl der dort ansässigen Slawen auf etwa 60 000 schätzt. In vielen Straßen der Vororte hört man heute schon mehr czechisch als deutsch reden, wie auch schon sehr viele Firmen und Schilder czechische Namen zeigen. Das slawische Element beginnt in den Bürgerstand einzudringen. Das Schuhmacher-, Schneider- und Tischlergewerbe ist in den Wiener Vororten größtentheils in den Händen eingewanderter Czechen, die fest zusammenhalten und jetzt nicht mehr wie früher germanisirt werden. Selbst in der inneren Stadt Wien hat das czechische Element festen Fuß gefaßt; in den gewerblichen Fortbildungsschulen Wiens gab es im Schuljahre 1884/85 neben 5500 deutschen schon 621 czechische Zöglinge, in den Vorbereitungscursen für diese Schulen aber befanden sich in demselben Jahre neben 6181 deutschen schon 5893 czechische Lehrlinge, ein Jahr später neben 6070 Deutschen 6311 Czechen. Auch in der Umgegend Wiens, in den Bezirken Mödling, Schwechat, Groß-Enzersdorf u. a. macht sich das czechische Element schon sehr bemerkbar, ja einzelne Dörfer dieser Bezirke sind sogar schon überwiegend czechisch. Die sechs czechischen Orte in der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach und die fünf czechischen Dörfer bei Waidhofen an der Thaya sind trotz ihrer deutschen Umgebung czechisch geblieben bis auf den heutigen Tag. Die Czechen hoffen, daß wenigstens 120 000 Bewohner Niederösterreichs bei der Volkszählung sich zur czechischen Umgangssprache bekennen werden; höchst wahrscheinlich wird diese Hoffnung in Erfüllung gehen. Die warnenden Worte Dumreicher's, der die Wiener zuerst auf die Verdrängung des Altwiener deutschen Gewerbestandes durch die Slawen aufmerksam machte, sind längst vergessen.

* Wie verlautet, hätte die serbische Regierung das Wiener Cabinet ersucht, Delegirte behufs Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages zu bestimmen.

* In der Adresse, mit welcher die bulgarische Sobranje die Thronrede des Prinzen Ferdinand beantwortet und welche mittelst Acclamation angenommen wurde, heißt es, die Vertreter des bulgarischen Volkes seien überzeugt, daß der Sultan Alles aufbieten werde, um am Balkan die Ruhe aufrecht zu erhalten; dieselben geben sich der Hoffnung hin, daß der erhabene Souverain bei den Mächten die zur endgiltigen Lösung der bulgarischen Frage nothwendigen Schritte veranlassen werde.

* Das neue griechische Cabinet ist nunmehr endgiltig wie folgt zusammengesetzt: Delyannis Inneres und Krieg, Deligeorgis Auswärtiges, Kumunduros Marine, Karapanos Finanzen, Gerocostopulo Unterricht und Zaimis Justiz. Die Minister werden heute noch den Eid leisten und sofort ihre Functionen antreten.

* In der Berathung der luxemburgischen parlamentarischen Abtheilungen theilte der Staatsminister das an die Königin Emma gerichtete Schreiben und die Antwort der Königin mit, worin sich dieselbe mit der Errichtung einer Regentschaft in Luxemburg einverstanden erklärt. Die Wahl